

„Sicherheit geht vor Schnelligkeit“



Vor vier Tagen wurde das Kernkraftwerk Brokdorf abgeschaltet – doch was passiert nun? Ein Besuch beim neuen Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Umweltministerium, Andreas Wasielewski, der den Rückbau überwacht

Kay Müller

2021 ist vorbei – und es wurde eine besondere Silvesterfeier. Zumindest für Andreas Wasielewski. „Ich werde mit meiner Frau auf das neue Jahr anstoßen“, hatte der 64-Jährige zuvor unserer Redaktion gesagt. Und hinzugefügt: „Aber natürlich werde ich mit den Gedanken auch bei der Belegschaft in Brokdorf sein.“

Denn am 31. Dezember um 23.59 Uhr ist das letzte noch laufende Kernkraftwerk in Schleswig-Holstein vom Netz gegangen. Und Andreas Wasielewski wird als Leiter der Atomaufsicht im Umweltministerium in Kiel den Rückbau überwachen. Zumindest die nächsten Jahre werde er das von seinem Posten aus begleiten. Denn Wasielewski rechnet damit, dass der Abriss des 1986 in Betrieb gegangenen Kraftwerks zwischen 15 und 20 Jahre dauern könnte.

Betreiber hat 2017 Antrag auf Rückbau gestellt

Der Jurist ist erst seit November im Amt. Vorher hat er sich schon mal mit Entsorgungsfragen befasst – aber eben noch nie direkt mit hochbrisantem Müll wie dem aus den Kernkraftwerken. „Mich hat diese Frage schon während des Studiums in den 80er-Jahren beschäftigt. Ich persönlich habe die Kernkraft immer eher kritisch gesehen, weil für mich letztlich die Risikoabwägung und die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht stimmt“, sagt Wasielewski, der damals mit „Atomkraft? Nein Danke“-Button auf der Jacke durch die Gegend lief. „Doch das ist längst Geschichte, der Atomausstieg Realität. Jetzt geht es darum, als zuständige Behörde den Rückbau eines Atomkraftwerks zu beaufsichtigen. Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, der wir in vollem Umfang gerecht werden

wollen und müssen“, sagt er heute.

Vor vier Jahren hat der Betreiber Preußen Elektra bereits einen Antrag auf Stilllegung und Rückbau gestellt, der mittlerweile mit weiteren Antragsunterlagen im Umfang von über 1000 Seiten ergänzt wurde.

„Ich persönlich habe die Kernkraft immer eher kritisch gesehen.“

Andreas Wasielewski
Leiter der Atomaufsicht

„Der Betreiber möchte gerne zügig loslegen. Wir warten jetzt aber zunächst auf das Sicherheitsgutachten des TÜV, das wir danach natürlich noch prüfen müssen und welches wir zur Erstellung der Genehmigung heranziehen“, sagt Wasielewski. Wann das so weit sein wird, dazu mag der Leiter der Atomaufsicht noch keine Angaben machen. „Nicht nur in der Atomaufsicht, sondern auch bei Genehmigungsentscheidungen gehen natürlich Sicherheit und Gründlichkeit vor Schnelligkeit.“

Kernkraftgegner kritisieren schnellen Rückbau

Doch bereits jetzt kann der Betreiber die ersten Teile des Kraftwerks abbauen. Denn die Betriebsgenehmigung erlaubt Preußen Elektra, die 193 Brennelemente, die sich noch im Reaktor-druckbehälter befinden, in das daneben liegende Abklingbecken zu transportieren. Das ist jahrelang beim Wechsel der Elemente so gelaufen. Vier Jahre müssen die letzten Stäbe nun abkühlen, erst dann können sie in Castoren verpackt und ins Zwischenlager auf dem Gelände des Kraftwerks gebracht werden.

Atomkraftgegner aus der Region kritisieren massiv,

dass der Rückbau in der ersten von zwei Phasen schon beginnt, bevor die hochradioaktiven Abfälle aus dem Kraftwerk gebracht worden sind. Andreas Wasielewski hält diese Kritik für unberechtigt: „Die Brennelemente werden zunächst in dem dafür vorgesehenen Lagerbecken im Kontrollbereich sicher gelagert, und zwar räumlich weit genug von den anderen Materialien entfernt, die schon abgebaut werden können. Das ist ungefährlich.“ Deswegen könnten etwa Dampferzeuger und die Turbine deinstalliert werden. „Der Abbau erfolgt von innen nach außen, die markante Kuppel verschwindet zuletzt“, sagt Wasielewski. Und damit das alles klappt, wird am Kraftwerk sogar ein eigenes Blockheizkraftwerk gebaut, denn der Reaktor liefert ja keine Wärme mehr.

Kosten für Rückbau sind noch unklar

Die Kosten für den Abriss muss Preußen Elektra zahlen. Wie hoch die sind, sei noch unklar, sagt Wasielewski, denn das hänge auch davon ab, wie der Rückbau erfolge. „Uns ist zwar nicht egal, was der Rückbau kos-

tet, aber wir wollen die größtmögliche Sicherheit und Qualität.“

Noch unklarer ist, wie hoch die Kosten der Entsorgung der Abfälle sind. Fest steht nur, dass die Betreiber der Kernkraftwerke 24 Milliarden Euro in einen Fonds eingezahlt haben. Reicht der nicht, muss der Steuerzahler den Rest übernehmen.

Allerdings ist eine Frage dabei völlig ungeklärt: Wohin mit dem Müll?

Bundesweit gibt es eine Kommission, die bis 2030 einen Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Schrott finden soll. 2050 soll das in Betrieb gehen. Bis dahin wird das strahlende Erbe des Atomzeitalters vermutlich in den Zwischenlagern an den Kraftwerken lagern. „Ich kann nicht ausschließen, dass das Kraftwerk schon zurückgebaut ist, das Standortzwischenlager aber noch betrieben werden muss, weil das nationale Endlager noch nicht aufnahmefähig ist“, sagt Wasielewski. Die Betriebsgenehmigung läuft jedenfalls erstmal bis 2047. Kurios dabei ist, dass es im benachbarten und seit 2007 abgeschalteten Kernkraftwerk Brunsbüttel eine ähnliche Halle gibt, die nach einem Urteil

des Bundesverwaltungsgerichts keine Betriebsgenehmigung mehr hat, weil die Sicherheit gegen Flugzeugabstürze nicht ausreichend geprüft wurde. Nun braucht es eine neue Genehmigung. „Ich hoffe, dass wir damit vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung bald eine auch dauerhafte Rechtssicherheit haben“, sagt Wasielewski.

Schwierige Suche nach den Endlagern

Für schwach- und mittelradioaktive Stoffe soll bis 2023 eine Halle auf dem Gelände in Brokdorf entstehen. Nur wohin dieser Müll kommt, ist ebenso unklar wie bei den stark strahlenden Abfällen. Immer wieder ist das Datum für den Betriebsbeginn des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen verschoben worden – zuletzt auf das Jahr 2027. Ob dann schon Abfälle aus Brokdorf dorthin kommen, steht in den Sternen.

Der weit größte Teil der 655 000 Tonnen Abfälle ist nicht belastet oder wird freigesessen. Diese Verfahren kritisieren Kernkraftgegner immer wieder, weil sie eine hohe Strahlenbelastung fürchten. Für die Atomaufsicht verlassen nur Abfälle



Kontrolliert die Kernkraftwerke: Andreas Wasielewski.

Foto: Marcus Dewanger

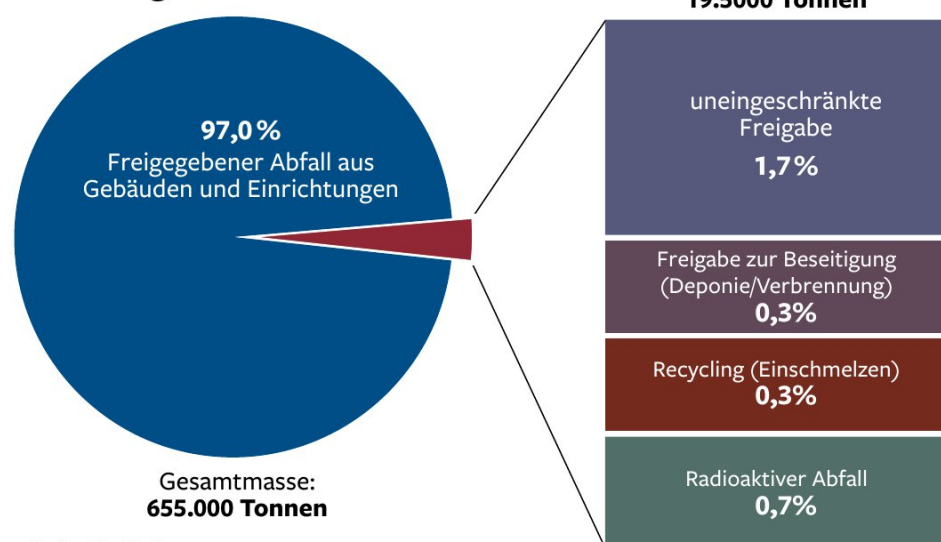
das Kraftwerk, die nicht mehr strahlen als das, was an natürlicher Radioaktivität in der Luft ist oder etwa bei einem Flug den Menschen belastet.

Streit um freigesessene Abfälle

Doch ein Problem bleibt. Auch wenn dieser Abfall offiziell nicht belastet ist, will ihn keiner haben. Gerade hat Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) einer Deponie in Ostholstein und einer in Lübeck solche Abfälle „zwangszugewiesen“ – die Hansestadt klagt dagegen. „Ich hoffe auch hier auf Rechtssicherheit, es muss möglich bleiben, freigesessenen Abfall auf einer Deponie im Land entsorgen zu können, die für derartige Abfälle ausdrücklich zugelassen ist“, sagt Wasielewski.

Ohne dass klar ist, wo der Müll landet, wird es keinen Rückbau geben. Den will Andreas Wasielewski allerdings noch erleben. Schon einmal hat er den Rückbau eines Kernkraftwerks begleitet – in Rheinsberg in Brandenburg. „Deswegen kann ich mir vorstellen, wie auch eine grüne Wiese am Standort des Kraftwerks in Brokdorf aussehen kann. Alternativ ist aber natürlich auch eine gewerbliche Nachnutzung, etwa in Form erneuerbarer Energien, möglich“, sagt er. Und wer weiß, vielleicht wird er darauf irgendwann als alter Mann mit seiner Frau mit einem Glas Sekt anstoßen.

Was vom Kernkraftwerk Brokdorf an Müll übrig bleibt



sh:z-Grafik: Alina Tönjes